

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Gesundheitsausschuss	13.12.2016
Jugendhilfeausschuss	13.12.2016
Ausschuss Soziales und Senioren	26.01.2017

### Fortführung der "Fachärztlichen Beratung in Gemeinschaftunterkünften für Geflüchtete"

In der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 13.09.2016 wurde von 2 Ärztinnen des Gesundheitsamtes das erfolgreiche Projekt „Fachärztliche Beratung in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete“ vorgestellt.

Im Rahmen dieses aus Kapazitätsgründen zunächst bis zum 30.09.2016 befristeten Projektes wurden Sozialarbeiter/innen und Gesundheits- und Krankenpflegekräfte vor Ort in den Unterkünften medizinisch zu folgenden Themen beraten:

- Akute und chronische Erkrankungen,
- Schwangerschaft und Geburt,
- Versorgung der Kinder,
- psychische Probleme/Traumata,
- Behinderungen,
- unterschiedliche Formen der Gewalt in den Unterkünften,
- kulturelle Besonderheiten wie Mehrfrauen-Ehe, minderjährige (Ehe-)Frauen und Mütter sowie
- besondere familiäre Konstellationen wie allein reisende Mütter, minderjährige Kinder in Begleitung ihrer volljährigen Geschwister.

Der Gesundheitsausschuss hat in dieser Sitzung ausdrücklich die Bestrebungen der Verwaltung unterstützt, das Projekt fortzusetzen und die notwendigen Personalkapazitäten zu schaffen.

Die Verwaltung hat nun die für eine angemessene Aufgabenerfüllung notwendigen Personalkapazitäten in Form von 1,0 Stelle Facharzt/-ärztin VGr. Ib/Ia, Fg.1/1 BAT und 1,0 Stelle Sozialarbeiter/in/Sozialpädagoge/in EG S 12 TVöD-V im Bereich der „Frühen Hilfen“ im Gesundheitsamt geschaffen. Die Stellen sind bereits besetzt bzw. befinden sich aktuell in der Besetzung.

Somit können alle Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete regelmäßig besucht werden, um vor Ort persönlich zu beraten – und zwar die Geflüchteten selbst und vor allem auch die Sozialarbeiter/innen und das medizinische Fachpersonal vor Ort.

Im Zeitraum 08.07.2016 – 18.11.2016 sind mehr als 400 Beratungen vor Ort, ca. 4-6 telefonische Beratungen und mehr als 300 schriftliche gutachterliche Stellungnahmen mit Schwerpunkt Gesundheit und Wohnraumversorgung erfolgt.

Durch die Präsenz in den Unterkünften werden auch Geflüchtete erreicht, die besondere Versorgungsbedarfe aufweisen, aber diese nicht artikulieren (können).

Das Team arbeitet eng mit den erforderlichen Institutionen wie dem Wohnungsamt, dem Jugendamt, den Betreuungsträgern, der ambulanten und stationären Versorgung, Beratungsstellen aber auch der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln zusammen.

gez. Dr. Rau